

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 213-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.867

Eingereicht am: 07.09.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Müller (Orvin, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 09.09.2015

RRB-Nr.: 132/2016 vom 10. Februar 2016
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Mehr Handlungsspielraum für stark belastete Gemeinden bei der Integration von Kindern und Jugendlichen

Es ist bekannt, dass bei Kindern und Jugendlichen die Wahrscheinlichkeit einer sogenannten Sozialhilfekarriere stark erhöht ist, wenn diese in Familien aufwachsen, in denen die Eltern bereits selber in der Sozialhilfe sind. Die Folgekosten dieses Phänomens für die öffentliche Hand sind entsprechend enorm. Das Interesse der Gesellschaft muss deshalb hoch sein, alles zu unternehmen, um möglichst frühzeitig alles zu unternehmen, um die soziale und wirtschaftliche Integration von Kindern und Jugendlichen frühzeitig anzugehen.

Der im August 2015 veröffentlichte Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten (www.staedteinitiative.ch) zeigt, dass diesbezüglich der Kanton Bern schlecht abschneidet. Die Stadt Bern weist mit einem Anteil von 11,9 % von Kindern und Jugendlichen zwischen 0 und 17 Jahren schweizweit den dritthöchsten Anteil aus. Besonders betroffen sind sodann die Stadt Biel sowie die gesamte Region um den Jurasüdfuss (s. auch S. 26 des Berichts). Die Stadt Biel weist einen schweizweit einmaligen Anteil der betroffenen Altersgruppe aus von über 22 % aus. Die finanziellen Folgen, die diese Struktur für die Sozialhilfekosten der Zukunft haben wird, können leicht abgeschätzt werden.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Weshalb präsentiert sich die Situation im Kanton Bern bezüglich des Anteils von 0- bis 17-Jährigen in der Sozialhilfe offenbar generell schlechter als in anderen Kantonen?

2. Welche Massnahmen hat die Regierung in den letzten 5 Jahren beschlossen, um die Wahrscheinlichkeit der sogenannten Sozialhilfekarriere von Jugendlichen zu reduzieren?
3. Welche zusätzlichen Massnahmen wären sinnvoll, um die Wahrscheinlichkeit der sogenannten Sozialhilfekarriere von Jugendlichen weiter zu reduzieren?
4. Welche dieser Massnahmen empfiehlt die Regierung
 - a) zur vertieften Evaluation
 - b) zur Umsetzung
 - c) zu verwerfenund mit welcher Begründung?
5. Welche spezifischen Massnahmen könnte sich die Regierung vorstellen, um die stark akzentuierte Situation in Biel und am Jurasüdfuss verstärk zu verbessern?
6. Was könnte die Regierung unternehmen, um die Aktivitäten von Freiwilligen-Netzwerken verstärk zu unterstützen und zu fördern?

Begründung der Dringlichkeit: Die Vorbereitungen zur Revision des Sozialhilfegesetzes sind bereits weit fortgeschritten. Es gilt, das vorliegende Anliegen dabei mit zu berücksichtigen.

Antwort des Regierungsrates

Frage 1

Die hohe Quote des Kantons Bern kann zum einen mit der Anzahl an grossen Städten und zum anderen mit dem Angebot an vorgelagerten Leistungen zur Sozialhilfe erklärt werden:

Kinder und Jugendliche in Städten tragen ein höheres Risiko von Sozialhilfe abhängig zu werden, als solche in ländlichen Gebieten. Dies, weil in Städten das Risiko der Arbeitslosigkeit meist höher und das familiäre und soziale Netz für Unterstützungen weniger ausgeprägt ist. Der Kanton Bern verfügt über einige grosse Städte und ist mit den entsprechenden Herausforderungen konfrontiert.

Der Kanton Bern verfügt weiter über ein vergleichsweise geringes Angebot an vorgelagerten Leistungen. Unter vorgelagerten Leistungen werden neben den Sozialversicherungen bedarfsabhängige Sozialleistungen, welche die Grundversorgung, die Sozialversicherungen sowie die private Sicherung ergänzen, subsumiert (z.B. Mutterschafts- und Familienbeihilfen, Wohnkostenzuschüsse und die Alimentenbevorschussung). Da Kinder und Jugendliche immer zusammen mit deren Familien unterstützt werden und kein eigenständiges Dossier bilden, hat speziell das Fehlen von Familien-Ergänzungsleistungen im Kanton Bern spürbare Auswirkungen auf das Sozialhilferisiko von Kindern und Jugendlichen. Kinder von geschiedenen Eltern oder alleinerziehenden Elternteilen sowie aus Familien mit Migrationshintergrund sind dabei besonders gefährdet.

Der Anteil der 0-17-Jährigen in der Sozialhilfe im Kanton Bern war in den letzten Jahren jedoch rückläufig. In Bern waren 2013 32.2% aller Sozialhilfebeziehenden Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre. 2014 betrug der Anteil noch 31.6%. In der Schweiz lag der Anteil der 0-17-Jährigen in der Sozialhilfe unwesentlich tiefer bei 29.6%.

Frage 2

Der Kanton Bern verfügt über ein breites Angebot an Integrationsmassnahmen, um Kinder und Jugendliche von sozialhilfebeziehenden Familien in ein stabiles soziales und berufliches Umfeld zu integrieren. Diese Angebote wurden in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt.

Sozialhilfebeziehende, anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene bis 25 Jahre ohne Ausbildung haben Zugang zu kantonalen Brückenangeboten (schulische, duale/ höhere- und niederschwellige). Dies bereits ab der Volksschule.

Im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) wurde das Koordinationsprogramm für Brückenangebote (KoBra) mit dem Ziel die Integration von Kindern und Jugendlichen zu fördern und die Brückenangebote unter den Direktionen zu koordinieren, ins Leben gerufen. Unter KoBra wurde 2014 eine Triagestelle geschaffen um eine reibungslose Zuweisung von Schulabgängern und Schulabgängerinnen sowie jungen Erwachsenen an ein geeignetes Brückenangebot zu gewährleisten. Auch wurden Programme, wie das Motivationssemester Semo Standard und das Semo plus aufgebaut, welche auf eine Anschlusslösung vorbereiten sollen.

Benötigen jugendliche und junge erwachsene Sozialhilfebeziehende zwischen 14 und 25 Jahren eine engere Begleitung in der beruflichen Integration, erhalten sie Unterstützung des Case Managements Berufsbildung (CM BB). Seit 2013 wurde die Zusammenarbeit zwischen CM BB und Sozialdiensten mit der Betreuungskette optimiert.

Gefördert wurde in den letzten Jahren ebenfalls der Lehrabschluss mit einem eidgenössischen Berufsattest (EBA), welcher vereinfachte Anforderungen an die Jugendlichen stellt.

Jugendliche und junge erwachsene Sozialhilfebeziehende haben zudem Zugang zu den Beschäftigungs- und Integrationsangeboten der Sozialhilfe (BIAS).

Der Kanton Bern engagiert sich stark im Bereich der frühen Förderung. Diese begünstigt die Entwicklung im Vorschulalter und hat positive Auswirkungen für den weiteren Lebensverlauf. Hierzu verweisen wir auf den Sozialbericht 2015¹, welcher darlegt, weshalb die frühe Förderung als ein geeignetes Mittel zur Armutsprävention angesehen wird, welche Massnahmen seit dem Konzept frühe Förderung im Jahr 2012 angegangen und umgesetzt werden konnten und welche Strategie der Kanton zukünftig anstrebt.

Frage 3

Wie bereits unter Punkt 2 ausgeführt, verfügt der Kanton Bern bereits über ein grosses Angebot an unterstützenden Massnahmen. Um den aktuellen Bedürfnissen gerecht zu werden – insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung im Asylbereich - müssen aus der Sicht des Regierungsrats die bestehenden Angebote stets weiter optimiert werden. Eine sinnvolle und effektive zusätzliche Massnahme wäre die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL). Eine entsprechende Gesetzesvorlage wurde jedoch aus Kostengründen vom Grossen Rat abgelehnt.

Gewisse Angebote des Kantons, z.B. im Bereich Frühe Förderung, werden von den Gemeinden teilweise noch nicht ausgeschöpft. Hier können die Gemeinden die Angebote und Massnahmen bei Bedarf noch erweitern.

¹ Der Sozialbericht 2015 ist [auf der Homepage der GEF](#) verfügbar.

Frage 4

Siehe Antwort auf Frage 3

Frage 5

Die GEF hat in Zusammenarbeit mit dem Beratungs- und Forschungsbüro Ecoplan die Situation in Biel evaluiert und Massnahmen zur Optimierung getroffen. Die Massnahmen werden in Bern und Biel seit 2014 kontinuierlich umgesetzt².

Frage 6

Die GEF subventioniert bereits heute den Verein Benevol, welcher eine Plattform für Freiwilligenarbeit bietet.

Verteiler

- Grosser Rat

² Der [Schlussbericht](#) des Projekts Sozialhilfe in der Stadt Biel-Bienne sowie der [Kurzbericht](#) zum Stand der Umsetzung der beschlossenen Massnahmen sind auf der Homepage der GEF verfügbar.